



Sachstand

Stimmungsbild ausgewählter Länder im Rahmen ISAF



Stimmungsbild ausgewählter Länder im Rahmen ISAF

Verfasser/in: [REDACTED]
Aktenzeichen: WD 2 – 3000 – 190/10
Abschluss der Arbeit: 25. Oktober 2010
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Telefon: [REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Truppensteller	4
3.	Gemeinsame Positionen	5
4.	Positionen ausgewählter Länder	7
4.1.	Niederlande	8
4.2.	Kanada	10
4.3.	USA	12
4.4.	Großbritannien	13
4.5.	Frankreich	14
4.6.	Italien	16
4.7.	Polen	17
4.8.	Spanien	18
4.9.	Belgien	18
4.10.	Finnland	19
4.11.	Griechenland	21
4.12.	Österreich	22
4.13.	Weitere Staaten	22
5.	Zusammenfassung	23

1. Einleitung

Das Sachstandspapier zeigt einfühend den aktuellen Stand der Truppensteller der von der NATO seit August 2003 geführten „Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe“ (ISAF - „International Security Assistance Force“) ebenso auf wie gemeinsame Positionen für einen Rückzug aus Afghanistan.¹ Schwerpunkt des Papiers sind parlamentarische, innenpolitische als auch gesellschaftliche Aspekte von ausgewählten zwölf Ländern² zum Verzicht oder zum Beibehalt des jeweiligen nationalen Beitrags zu ISAF.

Vor dem Hintergrund, dass Presse- und wissenschaftliche Recherchen keine ausreichende Grundlage boten, basiert das Papier überwiegend auf dem Ergebnis einer Befragung von zwölf ausgewählten Ländern durch das „Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation“ (EZPWD). Die einheitliche Befragung umfasste u.a. die Bitte um das Aufzeigen aktueller parlamentarischer und öffentlicher Zustimmung zum Einsatz einschließlich ggf. zeitlicher Vorgaben der Regierungs- als auch wesentlicher Oppositionsparteien für einen möglichen Abzug aus ISAF. Diese schloss ebenfalls die Bitte um Benennung ein, ob hierbei konkrete Aspekte und Kriterien für Afghanistan diskutiert wurden, die es zu erreichen gilt, so dass ein Rückzug der Streitkräfte vorgesehen werden kann, und ob sich diese u.a. vorrangig auf nationale Interessen, NATO-Interessen und oder auf Fortschritte in Afghanistan bezogen. Die vorgenannten Fragestellungen wurden bei Kanada und den Niederlande ergänzt um solche zum jeweils vorliegenden Parlamentsbeschluss zum Rückzug aus ISAF.

2. Truppensteller

Nach Angaben der „Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe“ (ISAF) beteiligen sich aktuell 47 Nationen an dem von der NATO geführten Einsatz (siehe Abbildung Seite 5). Für diesen stehen insgesamt rund 119.800 Soldaten zur Verfügung.³ Die in diesem Sachstandspapier ausführlich untersuchten Länder stellen hierzu rund 103.000, was sich im einzelnen wie folgt in der Reihenfolge des Umfangs der Truppenstellung darstellt: USA (78.430), Großbritannien (9.500), Frankreich (3.750), Italien (3.400), Kanada (2.830), Polen (2.630), Niederlande (380), Spanien (1.555), Belgien (675), Finnland (80), Griechenland (75) und Österreich (3). Der Beitrag Deutschlands beträgt 4.590 Soldaten. Ergänzend betrachtet wurden Australien (1.450), Dänemark (730) und Schweden (530).

¹ www.bmvg.de – Broschüre „Frieden in Afghanistan – Sicherheit für uns“, S. 39.

² Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kanada, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien und USA.

³ Aus „International Security Assistance Force – Key Facts and Figures“, URL: <http://www.isaf.nato.int/images/stories/File/Placemats/100804%20Rev%20Placemat.pdf> [16.09.2010].

	Albania	295		Germany	4590		Norway	500
	Armenia	40		Greece	75		Poland	2630
	Australia	1455		Hungary	360		Portugal	250
	Austria	3		Iceland	5		Romania	1750
	Azerbaijan	90		Ireland	6		Singapore	30
	Belgium	575		Italy	3400		Slovakia	300
	Bosnia & Herzegovina	10		Jordan	6		Slovenia	70
	Bulgaria	540		Republic of Korea	270		Spain	1555
	Canada	2830		Latvia	170		Sweden	530
	Croatia	295		Lithuania	245		The Former Yugoslav Republic of Macedonia*	240
	Czech Republic	500		Luxembourg	9		Turkey	1740
	Denmark	730		Malaysia	40		Ukraine	15
	Estonia	160		Mongolia	195		United Arab Emirates	15
	Finland	80		Montenegro	30		United Kingdom	9500
	France	3750		Netherlands	380		United States	78430
	Georgia	925		New Zealand	205		Total	119,819

Abb. "International Security Assistance Force: Troop Contributing Nations"
Stand 6. August 2010.

3. Gemeinsame Positionen

Seit 2001 baut der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seine Resolutionen zum Einsatz der ISAF kontinuierlich auf der Feststellung auf, „dass die Situation in Afghanistan [...] eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt.“ Er sieht sich somit seit neun Jahren u.a. tätig in der „Unterstützung der internationalen Bemühungen zur Ausrottung des Terrorismus“ bei gleichzeitiger Feststellung, „dass die Afghanen selbst dafür verantwortlich sind, für Sicherheit und Ordnung im gesamten Land zu sorgen.“⁴

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat den ISAF-Auftrag erstmals mit Resolution 1386 (2001) festgelegt. Er sah die Unterstützung der „Afghanischen Interimsverwaltung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und Umgebung [vor], damit die Afghanische Interimsverwaltung wie auch das Personal der Vereinten Nationen in einem sicheren Umfeld tätig sein kön-

⁴ Resolution 1386 vom 20. Dezember 2001, URL: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_01-02/sr1386.pdf [06.09.2010].

nen.“⁵ Dieser Kreis der Schutzbedürftigen wurde zwei Jahre später um das „internationale Zivilpersonal, das insbesondere mit Wiederaufbau- und humanitären Maßnahmen befasst ist“, erweitert.⁶

Parallel entwickelte der Sicherheitsrat in 2003 stufenweise einen sog. Forderungskatalog an die Afghanen für „eine langfristige Lösung für die Sicherheit in Afghanistan“. Erster Aspekt hierbei war die „Wichtigkeit der Ausdehnung der Autorität der Zentralregierung auf alle Teile Afghanistans, die umfassende Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung aller bewaffneten Gruppen sowie die Reform des Sicherheitssektors einschließlich des Aufbaus der neuen Afghanischen Nationalarmee und Afghanischen Nationalpolizei“.⁷ Ergänzend forderte der Sicherheitsrat, wie auch bereits gegenüber ISAF, dem internationalen Zivilpersonal, das insbesondere mit Wiederaufbau- und humanitären Maßnahmen befasst ist, „eine Ausübung ihrer Tätigkeit in einem sicheren Umfeld zu ermöglichen.“⁸

Erweitert wurde der sog. Forderungskatalog in den Folgejahren um die „Bekämpfung des Suchstoffhandels und der Suchtstoffherzeugung“⁹, der Aufforderung zur Reform des Justizsektors¹⁰ und des Strafvollzugswesens.¹¹ Der Sicherheitsrat zielt mit diesem Forderungskatalog nach eigenen Angaben auf eine Erhöhung der effektiven Funktionsfähigkeit, Professionalität und Rechenschaftspflicht des afghanischen Sicherheitssektors. 2008 appellierte dieser bereits für eine Übertragung von Verantwortung, „damit raschere Fortschritte in Richtung auf das Ziel eigenständiger und ethnisch ausgewogener afghanischer Sicherheitskräfte erzielt werden.“¹²

In seiner Resolution 1890 (2009) begrüßte der Sicherheitsrat bereits „die zunehmende Führungsrolle der afghanischen Behörden in Bezug auf die Sicherheitsaufgaben im gesamten Land“.¹³

In der jüngsten Resolution 1943 (2010) „unterstreicht“ der Sicherheitsrat „wie wichtig es ist, die Funktionsfähigkeit, die Professionalität und die Rechenschaftspflicht des afghanischen Sicherheitssektors innerhalb eines umfassenden Rahmens zu steigern“ und „legt der ISAF und den anderen Partnern nahe, nach Maßgabe ihrer Ressourcen ihre Anstrengungen fortzusetzen, um die

⁵ Ebd.

⁶ Resolution 1510 vom 13. Oktober 2003, URL: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_03-04/sr1510.pdf [07.09.2010].

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.,

⁹ Resolution 1563 vom 17. September 2004, URL: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_03-04/sr1510.pdf [07.09.2010].

¹⁰ Resolution 1623 vom 13. September 2005, URL: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_03-04/sr1510.pdf [07.09.2010].

¹¹ Resolution 1776 vom 19. September 2007, URL: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_07-08/sr1776.pdf [07.09.2010].

¹² Resolution 1833 vom 22. September 2008, URL: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_08-09/sr1833.pdf [07.09.2010].

¹³ Resolution 1890 vom 8. Oktober 2009, URL: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_09/sr1890.pdf [07.09.2010].

afghanischen nationalen Sicherheitskräfte auszubilden, zu betreuen und ihnen mehr Verantwortung zu übertragen, damit raschere Fortschritte in Richtung auf das Ziel eigenständiger, rechenpflichtiger und ethnisch ausgewogener afghanischer Sicherheitskräfte erzielt werden, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land sorgen (können).“¹⁴

In London haben Vertreter von 70 Staaten und internationalen Organisationen am 28. Januar 2010 einen Neuansatz für Afghanistan beschlossen, der unter dem Leitmotiv der „Übergabe in Verantwortung“ steht. Die afghanische Regierung hat hierbei ihre Entschlossenheit bekräftigt, innerhalb der nächsten fünf Jahre die Sicherheitsverantwortung für ihr Land selbständig zu übernehmen. Damit sollen die Voraussetzungen für einen schrittweisen Abzug der internationalen Militärpräsenz geschaffen werden. Bis zum Jahr 2014, so wurde auf der Kabuler Afghanistan-Konferenz 20. Juli 2010 vereinbart, soll die Sicherheitsverantwortung vollständig an die Afghanen übergeben werden.“¹⁵

Vor diesem Hintergrund sollen auf dem NATO-Gipfel im November 2010 in Lissabon erste Provinzen ausgewählt werden, in denen die Afghanen die Verantwortung im kommenden Jahr übernehmen können.¹⁶ In diesem Zusammenhang hat NATO-Generalsekretär Rasmussen jüngst festgestellt, es müsse sichergestellt werden, dass „[...] wir unsere Arbeit beenden, dass wir engagiert bleiben, bis wir unser Ziel erreicht haben. Das ist meine Nachricht [...] an alle politischen Führer innerhalb der internationalen Koalition.“¹⁷

4. Positionen ausgewählter Länder

Neben Pressemitteilungen wurden die unten dargestellten Positionen der ausgewählten Länder im Wesentlichen auf Basis der Antworten des EZPWD von August und September 2010 erstellt. Sofern keine Quellen angegeben werden, sind die Informationen den Antworten des EZPWD entnommen worden.

¹⁴ Resolution 1943 vom 13. Oktober 2010, URL: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_10/sr1943.pdf [25.10.2010]

¹⁵ Vgl. Nikolas Busse, Für sich genommen zu verkraften, in: FAZ, 02. August 2010.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ “[...]we finish our job, that we stay committed until we have reached our goal. This will be my message [...] to all political leaders within the international coalition.”; Anna Ringstrom, NATO says Poland must finish job in Afghanistan, Reuters, 31. August 2010, URL: <http://www.reuters.com/article/idUSTRE67U55M20100831> [06.09.2010].

4.1. Niederlande

Seit 2006 waren die Niederlande an ISAF beteiligt, zeitweise mit bis zu 1.900 Soldaten. Vorrangig eingesetzt waren sie im Süden, wo die Gefährdungslage als „insgesamt hoch“ bezeichnet wird.¹⁸

Der Abzug aus Afghanistan war im Dezember 2007 von Regierung und Parlament beschlossen worden. Der ursprünglich bis August 2008 geplante Einsatz wurde mit dieser Entscheidung letztmalig um zwei Jahre verlängert. Die niederländischen Truppen ziehen bereits seit dem 1. August 2010 aus Afghanistan ab. Ende September 2010 sollen die Soldaten das Land vollständig verlassen haben.¹⁹

Als die mitregierenden Christdemokraten Anfang 2010 diese Entscheidung revidieren wollten, zerbrach an diesem Streit die Regierungskoalition. Während die Sozialdemokraten auf dem vereinbarten Truppenabzug beharrten, wollte Premier Jan Peter Balkenende ein kleineres Kontingent im Land belassen.²⁰ Infolgedessen kam es am 9. Juni 2010 zu Neuwahlen und der 2007 beschlossene Abzugstermin blieb somit bestehen.

Die Sozialdemokraten waren bei ihrer Forderung nach dem Einhalten des ursprünglichen Abzugstermins von den größeren Oppositionsparteien SP (Sozialistische Partei), VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie), GroenLinks (Grün-linke Partei) und PVV (Partei für die Freiheit) unterstützt worden. Einer der Gründe für die Forderung nach einem Abzug in 2010 war ferner, dass eine Verlängerung des Einsatzes den Verteidigungshaushalt riskant belastet hätte.

Bereits im Sommer 2009 waren in den Niederlanden laut Umfragen 51 Prozent der Bevölkerung für einen kompletten Rückzug aus Afghanistan. Weitere 23 Prozent befürworteten eine Fortsetzung nur mit deutlich weniger Truppen. 10 Prozent waren für eine Fortsetzung der bisherigen Mission und nur 3 Prozent wollten mehr Soldaten entsenden.

Gründe hierfür sind unter anderem ein abnehmendes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte, denn 2010 glaubten nur noch 42 Prozent der Niederländer, dass ihre Soldaten in der Lage seien, die Taliban besiegen zu können. Im Weiteren wurden die Verluste der Truppen begründend angeführt, da während des Einsatzes 24 niederländische Soldaten getötet und 140 verwundet sind. Nicht zuletzt deswegen gab es auch in der Bevölkerung keine Mehrheit mehr, die den Einsatz unterstützte.²¹ Nach Presseberichten waren sogar 70 Prozent der Niederländer schon lange für den Abzug aus Afghanistan.²²

¹⁸ Unterrichtung des Parlaments 35/10 über die Auslandseinsätze der Bundeswehr vom 1.09.2010.

¹⁹ Vgl. Niederlande beginnen Abzug aus Afghanistan, in: FAZ, 2. August 2010.

²⁰ Vgl. Isaf fürchtet den Zerfall der Truppen, in: Handelsblatt, 23. Februar 2010.

²¹ Vgl. Helmut Hentzel, Niederlande streiten über Einsatz in Afghanistan, in: Stuttgarter Zeitung, 28. September 2009.

²² Vgl. Rob Savelberg, Niederlande steuern auf Neuwahlen zu, in: Die Welt 22. Februar 2010.

Die USA und auch Australien hatten die Niederlande bereits früh gedrängt, ihren ISAF-Einsatz über 2010 hinaus zu verlängern.²³ Angeblich soll der amerikanische Vizepräsident Joe Biden sogar gedroht haben, die Niederlande von den G-20-Gesprächen auszuschließen, wenn das Land seine Mission beendet.²⁴ Auch NATO-Generalsekretär Rasmussen hatte in einem Brief vom 4. Februar 2010 den niederländischen Ministerpräsidenten um ein Engagement seines Landes über 2010 hinaus gebeten.

ISAF- und NATO-Verbündete haben sich enttäuscht gezeigt über die Entscheidung und ein hoher deutscher Offizier äußerte öffentlich die Ansicht: „Eigentlich lassen sie uns im Stich“.²⁵ Dementsprechend ist davon die Rede, dass der Ruf der Niederlande in Washington ramponiert sei²⁶, und der Historiker und Verteidigungsexperte Rob de Wijk sprach im niederländischen Radio von einer „Katastrophe für das Ansehen der Niederlande“.²⁷

Auch aus Afghanistan selbst erreichten die Niederländer Appelle, ihre dort stationierten Soldaten nicht abzuziehen. So reichten Einwohner der Provinz Uruzgan, wo niederländische Truppen gemeinsam mit Australien das „Wiederaufbauteam“ Tarin Kowt (PRT – „Provincial Reconstruction Teams“) geleitet haben²⁸, eine Petition an die Niederlande ein, in der Stammesführer und Dorfälteste der Provinz um eine Verlängerung des Engagements baten und Befürchtungen zum Ausdruck brachten, dass sich nach einem Rückzug die Situation dort verschlechtern werde.²⁹ Truppen der USA werden absehbar den Platz der Niederländer in Uruzgan einnehmen.³⁰

Rund 500 niederländische Soldaten werden allerdings voraussichtlich in Afghanistan für die Ausbildung von Polizei und Streitkräfte bleiben.³¹ Dieser Vorschlag stammt von den Parteien GroenLinks und D66 (Demokraten 66), die vorher zwar gegen den niederländischen Einsatz waren, hiermit den internationalen Verbündeten jedoch ein positives Signal niederländischen Engagements geben wollen. Allerdings steht hierzu noch eine Entscheidung aus.

²³ Vgl. Andrea Spalinger, Afghanische Heimkehrer sind oft heroinsüchtig, in: NZZ, 7. Oktober 2009.

²⁴ Vgl. Rob Savelberg, ebenda (Fn. 21).

²⁵ „Die Niederländer lassen uns im Stich“, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/584221/index.doebd>. [16.09.2010]

²⁶ Vgl. Andreas Ross, Harmonie am Ende, in: FAS, 21. Februar 2010.

²⁷ Rob Savelberg, ebd. (Fn. 21).

²⁸ Vgl. „Die Niederländer lassen uns im Stich“, in: Die Presse, 29. Juli 2010, URL: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/584221/index.do> [16.09.2010].

²⁹ Vgl. Afghanen bitten Niederländer zu bleiben, Meldung des Bundesministerium der Verteidigung, 10. Mai 2010, URL: http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd4k3Ng40A8mB2CZu5vqRcMGglFR9X4_83FR9b_0A_YLciHJHR0VFAGTXyB8!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZFRF80R0I!/?yw_contentURL=%2FC1256F1200608B1B%2FW285BEEH718INFODE%2Fcontent.jsp [13.09.2010].

³⁰ Vgl. „Die Niederländer lassen uns im Stich“, ebd. (Fn. 27).

³¹ Vgl. Nikolas Busse, Für sich genommen zu verkräften, in: FAZ, 2. August 2010.

4.2. Kanada

Kanada ist seit 2002 an ISAF beteiligt, zuletzt mit 2.800 Soldaten. Vorrangig sind die kanadischen Streitkräfte im Süden Afghanistans eingesetzt.

Der Rückzug der kanadischen Truppen war vom Parlament am 13. März 2008 beschlossen worden. Danach sollen sich bis Ende 2011 keine kanadischen Soldaten mehr in Afghanistan befinden. Gleichzeitig war aber beschlossen worden, bis dahin nochmals die Anzahl entsendeter Soldaten zu erhöhen und den Einsatz bis Juli 2011 zu verlängern, bevor dann der endgültige Abzug beginnt. Die Entsendung zusätzlicher Truppen wurde außerdem mit der Bedingung verknüpft, dass die NATO 1.000 weitere Soldaten zur Unterstützung der Kanadier nach Kandahar schickt. Der Beschluss wurde von 197 der Abgeordneten befürwortet, 77 stimmten dagegen. Nach dem Rückzug sieht der Parlamentsbeschluss ausschließlich eine zivile Mission in Afghanistan vor.

Auf den Abzug – und die gleichzeitige Truppenerhöhung und Verlängerung des Einsatzes – hatte sich die konservative Minderheitsregierung unter Premierminister Stephen Harper gemeinsam mit den oppositionellen Liberalen geeinigt.

Grundlage des Beschlusses war der Bericht eines unabhängigen Gremiums zur zukünftigen Rolle Kanadas in Afghanistan, der die nochmalige Verlängerung sowie den endgültigen Rückzug empfohlen hatte.³² Begründet wurde der endgültige Abzug vor allem mit Blick auf die enorm hohen Verluste der kanadischen Streitkräfte.³³ Hingegen wurden die Situation der Menschen in Afghanistan, insbesondere die Unterdrückung von Frauen sowie generell Menschenrechtsverletzungen, von Konservativen und Liberalen als Argumente für den vorübergehenden Verbleib in Afghanistan verwendet. Mit Verweis auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sagte der kanadische Verteidigungsminister Peter MacKay außerdem: „Indem wir dem afghanischen Volk helfen, helfen wir uns selbst.“³⁴ Mit Blick auf Bündnisinteressen ergänzte er: „Die Afghanen wollen uns dort. [...] Die Vereinten Nationen wollen uns dort. Die NATO braucht uns dort.“³⁵

Die Neue Demokratische Partei (NDP) und der Bloc Québécois (BQ) hatten sich gegen den Parlamentsbeschluss gestellt, weil sie den Einsatz nicht noch einmal verlängern wollten. Beide verwiesen hierbei vor allem auf die mangelnden Erfolge in Afghanistan und forderten politische Lösungen und den zivilen Wiederaufbau anstelle einer militärischen Mission.

Die kanadische Bevölkerung ist gespaltener Meinung zum Afghanistan-Einsatz. Umfragen aus dem Frühjahr 2010 zeigen, dass etwas mehr als die Hälfte der Kanadier den Einsatz am Hindukusch ablehnen.³⁶ 60 Prozent lehnen danach eine Verlängerung des Einsatzes über den vereinbar-

³² Vgl. Independent Panel on Canada's Future Role in Afghanistan, URL: http://dsp-psd.pwgsc.gc.ca/collection_2008/dfait-maeci/FR5-20-1-2008E.pdf [14.09.2010].

³³ Vgl. Isaf fürchtet den Zerfall der Truppen, in: Handelsblatt, 23. Februar 2010.

³⁴ „By helping the Afghan people, we are helping ourselves.“; House of Commons Debates, Vol. 142, No. 053, 2nd Session, 39th Parliament (25. Februar 2008), S. 3195.

³⁵ „The Afghans want us there. [...] The United Nations wants us there. NATO needs us there.“; ebd., S. 3194.

³⁶ Vgl. ebd.

ten Abzugstermin im Juli 2011 hinaus ab. Lediglich 36 Prozent unterstützen den Einsatz und nur 28 Prozent sind offen für eine Verlängerung.³⁷

In der kanadischen Presse gibt es verschiedene Stimmen, die für eine erneute Verlängerung des Einsatzes über 2011 hinaus eintreten. Neben der nach wie vor schwierigen Situation in Afghanistan wird hierfür vor allem das Verhältnis zu den USA und den anderen Bündnispartnern angeführt, welches unter einem vorzeitigen Rückzug leiden könnte. Kanada solle den Einsatz gemeinsam mit den anderen beenden.

Argumente für einen baldigen Rückzug hingegen beziehen sich vor allem auf die Situation in Kanada selbst: Der Einsatz finde kaum noch Rückhalt in der Bevölkerung, zudem wird immer wieder auf die hohen Verluste der kanadischen Truppen hingewiesen.

Bereits seit Beginn 2009 haben die kanadischen Streitkräfte mit der Rückzugsplanung begonnen, die ab Juli 2011 umgesetzt werden soll. Bis dahin will Kanada aber seinen vollen militärischen und zivilen Beitrag leisten, zumal die Zeit bis 2011 für Afghanistan aus Sicht Kanadas als entscheidend bewertet wird.³⁸ Mitte Juli 2010 wurde das Kommando in der bis dahin kanadisch geführten Provinz Kandahar bereits an die US-Armee übergeben.³⁹

Der Abzugsbeschluss Kanadas habe den Beziehungen zu den USA nicht geschadet, sagte der kanadische Botschafter in Deutschland: „Ich glaube, da ist kein großer Unterschied entstanden. Wir sind Nachbarn, wir sind auf so viele Weisen eng verbunden.“⁴⁰ Dabei hatten die USA Kanada offen dazu aufgefordert, sich über 2011 sichtbar in Afghanistan zu engagieren. US-Außenministerin Hillary Clinton sagte gegenüber der Presse im März 2010: „Wir hätten es gerne, wenn Kanada mit uns in diesem Kampf bliebe.“ Sie könne nicht gerade sagen, dass die US-Regierung glücklich sei, wenn sich das Land zum Abzug entschließe.⁴¹ In Pressedarstellungen fand sich ebenfalls wieder, dass man die Rückzugsankündigung Kanadas in Washington bedaure⁴² und sie ernsthafte Auswirkungen auf das amerikanisch-kanadische Verhältnis haben könne.⁴³

In der Presse wird außerdem bereits über den Beitrag Kanadas für die Zeit nach dem Abzug laut nachgedacht. Diskutiert wird unter anderem ein kanadischer Beitrag zur Ausbildung afghanischer Streitkräfte außerhalb von Kampfgebieten. Als besonders wertvoll für die Ausbildung der aufzustellenden afghanischen Streitkräfte erachten die USA die Kampferfahrung der Kanadier.

³⁷ Vgl. Don't extend Afghan mission, Canadians say: poll, in: CBC News, 8. April 2010, URL: <http://www.cbc.ca/canada/story/2010/04/08/ekos-poll-april-8.html?ref=rss> [14.09.2010].

³⁸ Vgl. Kanada tritt den Rückzug an, in: Südkurier/Gesamtausgabe, 17. Mai 2010.

³⁹ Vgl. Kanada übergibt Kommando an US-Armee, in: Rheinische Post, 16. Juli 2010, URL: http://www.rp-online.de/politik/ausland/Kanada-uebergibt-Kommando-an-US-Armee_aid_882513.html [09.08.2010].

⁴⁰ Ulrike Winkelmann, Allein raus aus Afghanistan, in: die tageszeitung, 30. Januar 2010.

⁴¹ Vgl. Gerd Braune, G8 plant Aufbauinitiative für Afghanistan, in: Handelsblatt, 31. März 2010.

⁴² Vgl. „Die Niederländer lassen uns im Stich“, ebd (Fn. 27).

⁴³ Vgl. Carl Meyer, Messy Afghan withdrawal could cost 'credits' in Washington, in: Embassy, 03. Februar 2010, URL: <http://www.embassymag.ca/page/view/withdrawal-02-03-2010> [12.08.2010].

Jedoch geht dieser Vorschlag über die Position des Premierministers hinaus, die keine Soldaten in Afghanistan nach 2011 vorsieht.⁴⁴

Ungeachtet dessen ist bisher offiziell nicht bekannt, wie das zukünftige kanadische Engagement in Afghanistan nach 2011 aussehen soll. Zuletzt wurde allerdings berichtet, dass Kanada sich internen Dokumenten der Regierung zufolge vor allem in den Bereichen Entwicklung und Diplomatie engagieren wird und damit den Parlamentsbeschluss für eine ausschließlich zivile Mission nach 2011 aufrecht erhält.⁴⁵

4.3. USA

Die USA sind mit derzeit etwa 79.000 Soldaten der größte Truppensteller in Afghanistan und von Beginn an ISAF beteiligt. Amerikanische Streitkräfte werden im ganzen Land eingesetzt.

Die US-Armee will nach derzeitigen Truppenaufstockungen im Juli 2011 mit dem Abzug beginnen, bis Ende 2014 sollen die Truppen das Kommando in allen Provinzen an die afghanische Armee übergeben.⁴⁶ Der Abzug war von Präsident Barack Obama im Dezember 2009 als Bedingung für seine Entscheidung genannt worden, 30.000 weitere Soldaten nach Afghanistan zu schicken und das Truppenkontingent vorübergehend auf 100.000 Soldaten auszubauen.

US-Militärs zweifeln bereits daran, ob 2011 tatsächlich mit dem Abzug begonnen werden kann, unter ihnen David Petraeus, der ISAF Kommandeur. Das Weiße Haus bezeichnet den Termin hingegen als unverhandelbar.⁴⁷

Im Kongress und im Repräsentantenhaus hingegen mehren sich die Stimmen, die eine Unterstützung des Afghanistan-Einsatzes ablehnen. So erklärte Senator Russ Feingold, dass es eine militärische Lösung für Afghanistan nicht gebe. Auch mehrere Kongressabgeordnete meldeten öffentlich Zweifel an dem Einsatz an. Bei einer Abstimmung im März 2010 votierte zwar die überwältigende Mehrheit von 356 Mitgliedern des Repräsentantenhauses für einen Verbleib der amerikanischen Truppen in Afghanistan. Doch immerhin stimmten 65 Abgeordnete für einen sofortigen Truppenabzug – darunter 60 Mitglieder der Partei von Präsident Barack Obama.⁴⁸ Vor allem die Linke innerhalb der demokratischen Partei zeigt sich durch die Perspektive eines Abzugs wenig besänftigt. Sie hält vor allem eine Aufstockung der Truppen für grundsätzlich falsch.⁴⁹

⁴⁴ Vgl. New role for Canada's troops being explored, in: Montreal Gazette, 12. Mai 2010, URL: <http://www.montrealgazette.com/news/role+Canada+troops+being+explored/3015709/story.html> [12.08.2010].

⁴⁵ Vgl. Steven Chase, Ottawa maps out post-combat role in Afghanistan, in: The Globe and Mail, 24. August 2010.

⁴⁶ Vgl. Der Anfang vom Ende in Afghanistan, in: Süddeutsche Zeitung, 2. August 2010.

⁴⁷ Vgl. Weißes Haus besteht auf Abzugstermin, in: Stern, 16. August 2010.

⁴⁸ Vgl. Widerspruch gegen den Afghanistan-Einsatz, in: die tageszeitung, 12. März 2010.

⁴⁹ Vgl. Markus Ziehner, Wer bestimmt die Strategie der USA in Afghanistan?, in: Handelsblatt, 08. Dezember 2009.

Laut Umfragen sieht inzwischen auch die Mehrheit in der amerikanischen Öffentlichkeit keinen Sinn mehr in einem andauernden Einsatz in Afghanistan.⁵⁰ So sehen fast 60 Prozent der Amerikaner den Krieg als verloren an.⁵¹ In einer Umfrage von Dezember 2009 sagten 57 Prozent der Befragten, sie lehnen den Afghanistan-Krieg ab, während 39 Prozent ihn befürworten. Zwar wollen immer noch sieben von zehn Anhängern der Republikaner den Einsatz fortsetzen, aber 56 Prozent aller Anhänger der Demokraten und 43 Prozent aller parteilosen US-Bürger sind inzwischen der Auffassung, Amerika solle die Soldaten heimholen.⁵² 56 Prozent der Amerikaner halten danach außerdem einen Abzugsbeginn im Juli 2011 für unwahrscheinlich.⁵³

4.4. Großbritannien

Großbritannien ist mit 9.500 Soldaten zweitgrößter Truppensteller nach den USA. Die britischen Truppen sind vorwiegend im Süden Afghanistans eingesetzt. 2001 nahm die ISAF unter britischem Kommando ihren Einsatz in Kabul auf.

Die im Mai 2010 gebildete Regierungskoalition von Konservativer Partei und Liberaldemokraten denkt zunehmend über Abzugsperspektiven aus Afghanistan nach. So äußerte der neue Premierminister David Cameron, dass er die britischen Truppen bis 2015 nach Hause holen wolle, während Außenminister William Hague von 2014 sprach.⁵⁴ Verteidigungsminister Liam Fox hingegen ging jüngst davon aus, dass „Afghanistans Regierung [...] noch nicht in der Lage [sei], Sicherheit zu garantieren. Nicht zuletzt deshalb würde ein Rückzug der Internationalen Schutztruppe vor 2015 die Glaubwürdigkeit der NATO am Hindukusch aufs Spiel setzen.“⁵⁵

Premierminister Cameron machte in einer Stellungnahme zum Afghanistan-Einsatz aber auch deutlich, dass dort nationale Interessen verteidigt würden und Afghanistan derzeit nicht in der Lage sei, selbst für Sicherheit zu sorgen.

NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen warnte Cameron offensichtlich bei einem Treffen am 12. Juli 2010 davor, auch nur einen provisorischen Zeitplan für einen Truppenabzug aufzustellen.⁵⁶

⁵⁰ Vgl. Stefan Kornelius, Schlingerkurs in Afghanistan, in: Süddeutsche Zeitung, 08. Oktober 2009.

⁵¹ Vgl. Reymer Klüver, Wachsende Zweifel, in: Süddeutsche Zeitung, 28. Juli 2010.

⁵² Vgl. Reymer Klüver, Christian Wernicke, Wo der Krieg zu Hause ist, in: Süddeutsche Zeitung, 24. November 2009.

⁵³ Vgl. Max Böhnelt, Mehrheit der US-Amerikaner lehnt Krieg am Hindukusch ab, in: Neues Deutschland, 24. Dezember 2009.

⁵⁴ Vgl. Kim Sengupta, Afghanistan: Now it's America's war, in: The Independent, 08. Juli 2010.

⁵⁵ „Ende der klassischen kollektiven Sicherheit“, in: Neue Zürcher Zeitung, 13. September 2010, S. 4.

⁵⁶ Vgl. James Kirkup, NATO chief: Afghanistan timetable puts British troops at risk, in: Telegraph, 13. Juli 2010, URL: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/afghanistan/7886019/Nato-chief-Afghanistan-timetable-puts-British-troops-at-risk.html> [14.09.2010].

Verteidigungspolitik und Entscheidungen über den Einsatz von Streitkräften sind in Großbritannien traditionell ein Vorrecht der Krone, welches heute aber durch die Regierung und insbesondere den Premierminister ausgeübt wird. Das Parlament spielt formell keine Rolle bei Entscheidungen über den Einsatz von Streitkräften. Dementsprechend hat es auch zum Afghanistan-Einsatz keine Abstimmung im Parlament gegeben.

In der britischen Bevölkerung sinkt der Glaube an einen Erfolg in Afghanistan. Während im August 2009 etwa die Hälfte der Briten einen Abzug der Soldaten wollte und der Ansicht war, dass der Krieg nicht zu gewinnen sei⁵⁷, stimmten in einer Umfrage im April 2010 72 Prozent der Befragten der Aussage zu, der Krieg in Afghanistan sei nicht zu gewinnen.

Nach dem Zeitpunkt eines möglichen Rückzugs der britischen Truppen befragt, wollten im November 2009 35 Prozent der Briten den sofortigen Rückzug und 38 Prozent den Rückzug innerhalb eines Jahres, während 20 Prozent die Truppen in Afghanistan belassen wollten, solange die Regierung es für nötig erachtet.

4.5. Frankreich

Frankreich beteiligt sich mit 3.750 Soldaten an ISAF und ist einer der Staaten, die seit Beginn der Mission 2001 involviert sind. Französische Truppen sind in der Hauptstadtregion, im Osten und im Süden Afghanistans im Einsatz.

2008 wurde die französische Verfassung dahingehend geändert, dass bei Auslandseinsätzen der Streitkräfte von mehr als vier Monaten Dauer das Parlament zustimmen muss – und nicht mehr der Staatspräsident als Oberbefehlshaber der Armee alleine hierüber entscheiden kann. Am 22. September 2008 stimmte die Nationalversammlung zuletzt der Verlängerung von ISAF mit deutlicher Mehrheit zu.⁵⁸ Auch der Senat bestätigte die Entscheidung.

Präsident Sarkozy erklärte, dass Frankreich mit seinen Verbündeten so lange wie nötig an der Seite des afghanischen Volkes stehe. Die Voraussetzungen für einen Abzug seien noch nicht erreicht. Dieser könne erst geplant werden, wenn die Afghanen in der Lage sind, ihre Sicherheit selbst zu übernehmen. Auch der französische Premierminister Fillon sagte Anfang 2010: „Wir bleiben so lange in Afghanistan, wie dies für die Stabilisierung des Landes notwendig ist.“⁵⁹

Die *Union pour un mouvement populaire* (UMP - „Union für eine Volksbewegung“), die die Mehrheit der Abgeordneten in der Nationalversammlung stellt, stimmte 2008 für die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes. Frankreich müsse seine Verpflichtungen gegenüber der NATO und seine Aufgaben als Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen wahrnehmen. Auch

⁵⁷ Vgl. Michael Schmidt, Gemeinsame Schwäche, in: die tageszeitung, 06. August 2009.

⁵⁸ Vgl. Johanna Lange, Où va la France?, in: Adlas 2/2010, S. 30-33, URL: http://adlasmagazin.files.wordpress.com/2010/06/adlas-02_20101.pdf [08.09.2010].

⁵⁹ Frankreich bekräftigt sein Engagement in Afghanistan, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Februar 2010.

die europäische Ratspräsidentschaft Frankreichs im Jahr 2008 wurde als Grund für eine Verlängerung von ISAF angegeben; ein Rückzug der Truppen, so fürchtet man, hätte zu enormen diplomatischen Konsequenzen führen können.

Unterstützt wurde die UMP vom *Mouvement démocrate* (MoDem - „Demokratische Bewegung“). Dieser begründete seine Entscheidung, ein Rückzug komme der Aussage gleich, dass die Taliban gewonnen und man selbst verloren habe.

Die Hauptoppositionspartei *Parti socialiste* (PS - „Sozialistische Partei“) stimmte gegen die Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes, da es sich um eine militärische Besatzung handele. Frankreich sei in einem Krieg, dessen Ende es nicht kenne. Die PS stimmte nicht gegen das militärische Engagement Frankreichs allgemein, aber gegen ein politisches und militärisches Konzept, dass in eine Sackgasse führe. Außerdem verlangte sie die Vereinbarung eines den Abzug definitiv festlegenden Zeitplans.

Die anderen Oppositionsparteien *Le Verts* („Die Grünen“) und *Parti communiste* („Kommunistische Partei“) votierten gleichermaßen gegen die Aufrechterhaltung der Truppenentsendung. Im Gegensatz zur PS sind sie aber radikal gegen den Einsatz und fordern einen unmittelbaren Abzug aus Afghanistan.

Einer Umfrage von 2009 zufolge will die französische Bevölkerung inzwischen mehrheitlich (55 Prozent) einen Abzug ihrer Soldaten.⁶⁰ Aktuelle Umfragen gehen von 70 Prozent aus, die gegen den Einsatz französischer Truppen in Afghanistan sind. Als Grund der Ablehnung des Einsatzes durch die Bevölkerung wird in der Presse genannt, dass diese nicht verstehe, warum die Truppen in Afghanistan stationiert sind. Da keine Resultate ersichtlich sind, sei der Krieg sinnlos. Auch sei der Konflikt umso weniger populär, umso länger er dauere. So unterstützten 2001 auch noch 55 Prozent der Franzosen die Intervention im Irak, während 2009 64 Prozent dagegen waren. Andere Umfragen kommen hingegen zu dem Ergebnis, dass das bisherige Engagement in Afghanistan von einer Mehrheit der Franzosen gebilligt oder mit Desinteresse toleriert werde.⁶¹

Die aktuelle Finanzkrise spielt aus französischer Sicht keine bestimmende Rolle in der Abzugsdebatte.

4.6. Italien

Italien ist mit 3.400 eingesetzten Soldaten einer der großen Truppensteller in Afghanistan. Die Italiener sind vor allem im Westen Afghanistans aktiv und bereits seit 2001 an ISAF beteiligt.

Einen Abzugsbeschluss des italienischen Parlaments gibt es bisher nicht, wohl aber eine Debatte über einen Abzugstermin. Italien will laut Außenminister Franco Frattini seine Truppen spätes-

⁶⁰ Vgl. Michael Schmidt, Gemeinsame Schwäche, in: die tageszeitung, 06. August 2009.

⁶¹ Vgl. Rudolf Balmer, Die Macht der Tradition, in: die tageszeitung, 01. März 2010.

tens 2013 nach Hause holen.⁶² Bereits im Sommer 2009 forderte der Lega-Nord-Chef Umberto Bossi den kompletten Abzug der italienischen Truppen bis Weihnachten desselben Jahres. Auch Ministerpräsident Silvio Berlusconi sprach sich für einen Abzug aus, nachdem italienische Soldaten bei einem Attentat ums Leben gekommen waren, nannte jedoch keinen Termin.⁶³ Im Dezember 2009 wurde dann allerdings zunächst nur die Entsendung etwa 1.000 zusätzlicher Soldaten nach Afghanistan beschlossen.⁶⁴ Zuletzt betonte Berlusconi zudem, dass der italienische Einsatz von ausschlaggebender Bedeutung für Stabilität und Frieden im Land sei und sagte, dass ein Abzug nur in Übereinstimmung mit den internationalen Partnern erfolgen könne.⁶⁵

Den Einsatz in Afghanistan hatten auch die Oppositionsparteien der Demokraten und Christdemokraten (UDC) unterstützt. Einzig die Partei des Anti-Korruptions-Staatsanwalts Antonio Di Pietro sprach sich frühzeitig für einen Abzug der italienischen Truppen im Rahmen einer Exit-Strategie aus.⁶⁶

In der Bevölkerung wird der Einsatz mit klarer Mehrheit abgelehnt⁶⁷; Umfragen zufolge sind 58 Prozent der Italiener gegen den Einsatz.⁶⁸

4.7. Polen

Polen zählt mit über 2.500 Soldaten zu den größeren Truppenstellern in Afghanistan. Sie sind vor allem im Südosten in der Provinz Ghazni eingesetzt. Polen engagiert sich seit 2007 in Afghanistan.⁶⁹

In Polen bedarf die Entscheidung, Truppen ins Ausland zu entsenden, keiner parlamentarischen Zustimmung, sondern obliegt dem Staatspräsidenten. Je nach Art des Einsatzes entscheidet er auf Anfrage des Ministerrates oder des Premierministers. Zuletzt wurde die polnische Beteiligung an ISAF im April 2010 verlängert. Bis Ende des Jahres erfolgt zudem eine weitere Aufstockung des Truppenkontingents auf 2.600 Soldaten.⁷⁰

⁶² Vgl. Isaf fürchtet den Zerfall der Truppen, in: Handelsblatt, 23. Februar 2010.

⁶³ Vgl. Eric Bonse/Helmut Hausschild/Katharina Kort, Europa sucht Ausweg aus Afghanistan, in: Handelsblatt, 21. September 2009.

⁶⁴ Vgl. Italien will etwa 1000 zusätzliche Soldaten schicken, in FAZ, 04. Dezember 2009.

⁶⁵ Vgl. Italien: Streit um Afghanistaneinsatz, in: Wiener Zeitung, 18. Mai 2010, URL: <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4103&Alias=wzo&cob=493953> [07.09.2010].

⁶⁶ Vgl. Ruth Pfriem, Kein Abzug, aber eine Übergangsstrategie, in: Rheinischer Merkur, 01. Februar 2009.

⁶⁷ Vgl. Eric Bonse/Helmut Hausschild/Katharina Kort, ebd.

⁶⁸ Vgl. Ruth Pfriem, ebd.

⁶⁹ Vgl. Länderinformationen des Auswärtigen Amtes, Polen, Außenpolitik, URL: <http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Polen/Aussenpolitik.html> [14.09.2010].

⁷⁰ Vgl. Polen will Soldaten in zwei Jahren abziehen, ebd.

Seit einiger Zeit finden in der polnischen Regierung aber auch offen Diskussionen über einen Abzug aus Afghanistan statt. Vor einigen Monaten noch ging ein Mitglied des polnischen Verteidigungsministeriums davon aus, dass polnische Truppen noch bis mindestens 2013 in Afghanistan bleiben werden.⁷¹ Kurz darauf wurde dann sowohl vom Verteidigungsminister als auch vom neuen polnischen Staatspräsidenten Bronisław Komorowski 2012 als Abzugsjahr genannt.⁷² Komorowski sagte aber auch, dass ein Rückzug ohne Behinderung der NATO betrieben werden müsse. Ministerpräsident Donald Tusk kündigte an, auf dem NATO-Gipfel in Lissabon für die Entwicklung eines Zeitplans einzutreten, der ein Ende der Mission festlegt.

Der Chef des Generalstabs der polnischen Streitkräfte zeigte sich skeptisch bezüglich eines baldigen Abzugs; er halte es für unmöglich, die Ziele der NATO in zwei Jahren zu erreichen. Polen müsse seine Zielsetzung umdefinieren, wenn es seine Truppen 2012 heimholen wolle. Auch NATO-Generalsekretär Rasmussen warnte im Rahmen eines Treffens mit dem polnischen Staatspräsidenten, Polen müsse in Afghanistan bleiben, bis die Arbeit dort erledigt sei.⁷³

Der Vorsitzende der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PIS), Jarosław Kaczyński, gilt als zuverlässiger Unterstützer des Atlantikpakts und starker Befürworter des Afghanistan-Einsatzes. Dagegen tritt der oppositionelle Bund der Demokratischen Linken (SLD) für einen schnellstmöglichen Abzug ein.

In der polnischen Bevölkerung lehnt die große Mehrheit den Einsatz ab. Laut einer Umfrage vom September 2009 sind 81 Prozent der Polen für einen Rückzug ihrer Soldaten.⁷⁴ Andere Umfragen von 2007 bis 2009 zeigen eine kontinuierliche Ablehnung der Teilnahme polnischer Truppen an ISAF von 72 bis 76 Prozent der Bevölkerung. Etwa 70 Prozent der Polen glauben außerdem nicht, dass eine Fortsetzung der Militäroperationen zu Frieden in Afghanistan führt.

4.8. Spanien

Etwa 1.550 spanische Soldaten sind vorrangig im Westen Afghanistans eingesetzt. Spanien beteiligt sich seit 2002 an ISAF.⁷⁵

⁷¹ Vgl.: Julian Bartosz, Polen bis mindestens 2013 in Afghanistan, in: Neues Deutschland, 16. März 2010.

⁷² Vgl. Polen will Soldaten in zwei Jahren abziehen, in: Der Standard, 16. Juni 2010, URL: <http://derstandard.at/1276413199560/Polen-will-Soldaten-in-zwei-Jahren-abziehen> [14.09.2010]; Jens Mattern, Komorowski gewinnt Stichwahl, in: Frankfurter Rundschau vom 04. Juli 2010.

⁷³ Vgl. Anna Ringstrom, ebd.

⁷⁴ Vgl. Briten demonstrieren für Rückzug aus Afghanistan, in: Kleine Zeitung, 25. Oktober 2010, URL: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2178954/briten-demonstrieren-fuer-rueckzug-afghanistan.story> [14.09.2010].

⁷⁵ Vgl. Al Goodman, Spain plans more troops for Afghanistan, CNN World, 12. Februar 2010, URL: http://articles.cnn.com/2010-02-12/world/afghanistan.spain_1_spanish-troops-troop-increase-afghanistan?_s=PM:WORLD [07.09.2010].

Erst Anfang des Jahres hatte Spanien seine Truppen im Rahmen seiner NATO-Präsenz in Afghanistan ausgebaut.⁷⁶ Im Parlament stimmen alle Parteien bis auf eine kleine Linkspartei der Entsendung weiterer Kräfte zu.⁷⁷ Im Juni 2010 bestätigte Spaniens Außenminister dann, dass Madrid zwar keine Entsendung weiterer Truppen plane, aber auch kein Rückzugsdatum festlegen wolle, da die gegenwärtige Situation eine Übergangsphase sei, in der zunehmend Stabilität erreicht werde.⁷⁸

In der spanischen Bevölkerung hat der Afghanistan-Einsatz Presseberichten zufolge mehr Unterstützung als noch die Entsendung von Truppen in den Irak, die sehr unpopulär war. Es gibt bisher keinen öffentlichen Aufruf danach, die spanischen Soldaten nach Hause zu holen.⁷⁹

4.9. Belgien

Bereits seit 2002 hat Belgien sich finanziell am Wiederaufbau Afghanistans beteiligt und ist dort seit März 2003 mit einem Truppenkontingent, seit September 2008 auch mit Kampfflugzeugen vertreten. Derzeit sind 575 belgische Soldaten sowohl im Süden als auch im Norden Afghanistans eingesetzt, wo sie in Kundus eng mit Deutschland zusammenarbeiten.⁸⁰

Im März 2010 entschied der Ministerrat, das belgische Engagement in Afghanistan bis Ende 2011 zu verlängern. Eigentlich wollten die Belgier sich Ende 2010 zurückziehen, verlängerten die Mission aber auf Bitte der USA.⁸¹ Außenminister Steven Vanackre betonte, dass Belgien hierdurch die im Januar auf der London-Konferenz beschlossene Übergangsstrategie unterstütze. Er sei außerdem der Ansicht, dass Belgien sich so international als zuverlässiger Partner präsentiere, was anlässlich der diesjährigen EU-Ratspräsidentschaft nicht unbedeutend sei. Die Regierungsentcheidung vom März enthält außerdem eine Erhöhung des Budgets für Entwicklungszusammenarbeit und Friedenssicherung auf mindestens 13 Millionen Euro für 2011 und damit den höchsten bisherigen Stand.⁸²

⁷⁶ Vgl. Cornelia Derichsweiler, Mehr Spanier für Afghanistan, in: NZZ, 19. Dezember 2009.

⁷⁷ Vgl. Isaf fürchtet den Zerfall der Truppen, in: Handelsblatt, 23. Februar 2010.

⁷⁸ Spain Will Not Set a Date for Withdrawal from Afghanistan, in: Latin American Herald Tribune 19. Juli 2010, URL: <http://laht.com/article.asp?CategoryId=12395&ArticleId=360680> [14.09.2010].

⁷⁹ Deaths increase pressure on Spain to quit Afghanistan, CTV News, 26. August 2010, URL: <http://www.ctv.ca/CTVNews/Afghanistan/20100826/spain-afghanistan-100826/> [14.09.2010].

⁸⁰ Vgl. Länderinformationen des Auswärtigen Amtes, Belgien, Außenpolitik, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Belgien/Aussenpolitik.html> [09.09.2010].

⁸¹ Vgl. Belgium extends mission in Afghanistan, Radio Netherlands Worldwide, 19. März 2010, URL: <http://www.rnw.nl/english/article/belgium-extends-mission-afghanistan> [09.09.2010].

⁸² Vgl. Steven Vanackere sur la prolongation de l'engagement belge en Afghanistan jusque fin 2011, Pressemitteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit, 19. März 2010, URL:

Zuletzt bat US-General Petraeus die Belgier um weitere 50 Soldaten für Afghanistan zur Unterstützung der Ausbildung nationaler Streitkräfte. Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums gab an, dass diese Anfrage derzeit geprüft werde.⁸³

Zur Unterstützung des ISAF-Einsatzes durch die Bevölkerung konnten keine verlässlichen Informationen ermittelt werden.

4.10. Finnland

Finnland als Nicht-NATO-Mitgliedstaat beteiligt sich derzeit mit 80 Soldaten an ISAF⁸⁴, die finnischen Truppen sind seit 2003 im Norden Afghanistans eingesetzt.

Als Abzugstermin wird von der Regierung das Jahr 2015 anvisiert, allerdings sind bisher keine verbindlichen Entscheidungen hierzu getroffen worden. Betont wird, dass ein Abzug die Übergabe der Verantwortung für die nationale Sicherheit an lokale afghanische Behörden voraussetze. Konkrete Abzugsbedingungen werden aber bisher nicht verhandelt. Dagegen wird aus der Opposition teilweise gefordert, wie die USA ab 2011 mit dem Truppenabzug zu beginnen und zunehmend zu einer zivilen Mission überzugehen.

Als Gründe für die finnische Beteiligung nannte der Außenminister im Rahmen der Vorstellung des jüngsten Berichts zum Afghanistan-Einsatz die Ausübung einer globalen Verantwortung, die Herstellung von Sicherheit in Afghanistan, Europa und weltweit sowie die Bekämpfung von Drogen-Kriminalität.

Die Afghanistan-Politik der finnischen Regierung wird von fast allen im Parlament vertretenen Parteien unterstützt. Erst im Februar 2010 war die Beteiligung an ISAF im Parlament diskutiert worden, nachdem die Regierung einen Bericht zur Situation in Afghanistan und der finnischen Beteiligung an ISAF vorgestellt hatte.

Innerhalb dieser Diskussionen war der größte Streitpunkt die mögliche Entsendung weiterer Truppen nach Afghanistan; ab 2011 soll die Anzahl auf 195 Soldaten erhöht werden.

Die finnische Zentrumsparterie – die größte der Regierungsparteien – favorisiert den Einsatz weiterer Streitkräfte und wird dabei von der zweitgrößten Regierungspartei, der Nationalen Sammlungspartei, unterstützt. Auch die kleineren an der Regierung beteiligten Parteien (Grüner Bund,

http://diplomatie.belgium.be/fr/Newsroom/actualites/communiqués_de_presse/affaires_etrangeres/2010/mars/n_i_190310_vanackere_prolongement_engagement-afghanistan.jsp [09.09.2010].

⁸³ Vgl. D. Petraeus demande à la Belgique d'envoyer 50 hommes de plus en Afghanistan, Radio Télévision Belge Francophone, 9. September 2010, URL: <http://www.rtf.be/info/articles/petraeus-demande-a-la-belgique-envoyer-50-hommes-de-plus-en-afghanistan-press> [09.09.2010].

⁸⁴ S.o. Abb. 1, Stand: 6. August 2010; der finnische Wissenschaftliche Dienst nennt 140 als aktuelle Anzahl entsendeter Soldaten.

Schwedische Volkspartei) stimmen dem zu, fordern aber eine Steigerung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit.

Die Sozialdemokraten als größte Oppositionspartei fordern diese ebenfalls und stehen der Truppenaufstockung kritisch gegenüber, sind allerdings auch nicht geschlossen dagegen. Das oppositionelle Linksbündnis hingegen lehnt die Entsendung weiterer Truppen ab und plädiert für einen kompletten Rückzug aus Afghanistan. Auch die kleinen Oppositionsparteien (Christdemokratische Partei, Wahre Finnen) sind gegen zusätzliche Soldaten für Afghanistan.

Öffentliche Diskussionen über die finnische Beteiligung an ISAF finden insgesamt eher spärlich statt. Nach einer Umfrage im Auftrag des finnischen Verteidigungsministeriums 2009 unterstützen aber 67 Prozent der Bürger den Einsatz in Afghanistan. Gefordert wird vor allem, dass Afghanistan bei der weiteren Ausbildung seiner Demokratie geholfen wird und generell Entwicklungshilfe stattfindet. Ebenso soll nach öffentlicher Meinung die Ausbildung nationaler Polizeikräfte Ziel sein.

Nach Presseberichten waren im Juli 2009 außerdem 55 Prozent der Finnen dafür, dass die Anzahl der entsendeten Soldaten nicht verändert werden solle. 18 Prozent sprachen sich danach gegen einen kompletten Rückzug aus. Der Rückzug sei aber insgesamt selten Thema bei öffentlichen Debatten zum Afghanistan-Einsatz. Allerdings ist neueren Presseberichten zufolge der Wunsch nach einem Truppenabzug gestiegen; so befürworteten im April 2010 laut Umfragen bereits die Hälfte der Finnen einen Rückzug, allerdings nicht zwangsläufig sofort, sondern auch schrittweise.⁸⁵

4.11. Griechenland

Griechenland ist seit 2002 in Afghanistan vertreten, derzeit mit 75 Soldaten.⁸⁶ Zuletzt wurden im April 2010 zusätzliche Soldaten im Rahmen der Übernahme der Leitungsfunktion des Flughafens Kabul für die Dauer von sechs Monaten entsendet.

Die Teilnahme griechischer Streitkräfte an ISAF wurde einstimmig vom „Regierungsrat für Außenpolitik und Verteidigung“ (KYSEA) entschieden, der damit einem Vorschlag des Verteidigungsministers folgte. Das griechische Parlament wurde hierüber informiert, ohne dass eine Zustimmung zu dem Einsatz notwendig war. Die griechische Beteiligung an ISAF findet im Rahmen der relevanten Resolutionen der Vereinten Nationen sowie der Entscheidungen der NATO statt. Griechenland beabsichtigt, weiterhin den Beschlüssen der internationalen Gemeinschaft verpflichtet zu bleiben und sich politisch, finanziell und militärisch zu engagieren.

⁸⁵ Vgl. Half of Finns want less boots in the ground of Afghanistan – poll, in: Helsinki Times, 23. April 2010, URL: <http://www.helsinkitimes.fi/htimes/domestic-news/general/10780-half-of-finns-want-less-boots-on-the-ground-in-afghanistan-poll-.html> [14.09.2010].

⁸⁶ S.o., an anderer Stelle sind 192 Streitkräfte angegeben, vgl. URL: <http://www.isaf.nato.int/troop-numbers-and-contributions/greece/index.php> [13.09.2010].

Neben militärischer Unterstützung wird von griechischer Seite der humanitäre Charakter der Mission betont: Griechenland leistet verschiedene Formen von Entwicklungshilfe, etwa durch die Entsendung von Ärzte-Teams und Ausbilder für die nationalen Streitkräfte.

Unter Hinweis auf die internationale Finanzkrise und die angespannte Haushaltssituation in Griechenland wird außerdem in der Presse hervorgehoben, dass die militärische Präsenz in Afghanistan für das Jahr 2009 den Betrag von 10 Millionen Euro überschreitet und zudem innerhalb der Jahre 2002 bis 2009 – abgesehen von militärischer Ausrüstung – etwa 72 Millionen Euro für Entwicklungshilfe und humanitäre Bemühungen in Afghanistan ausgegeben wurden.

In der Bevölkerung herrscht offensichtlich Skepsis bezüglich des griechischen Beitrages für ISAF, nicht zuletzt aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation sowie der Tatsache, dass sich derzeit etwa 50.000 illegale afghanische Immigranten in Griechenland aufhalten. Auch scheinen Bürger für einen Rückzug – wenigstens in Teilen – der Streitkräfte aus Afghanistan zu sein, da sie fürchten, die Sicherheitslage in Südosteuropa, insbesondere an den östlichen Grenzen Griechenlands, erfordere die Präsenz ihrer Soldaten im eigenen Land.

4.12. Österreich

Derzeit sind drei Stabsoffiziere des österreichischen Bundesheeres an der ISAF-Schutztruppe beteiligt. Im Laufe des Jahres 2009 wurde Österreich als Nicht-NATO-Mitgliedstaat vor allem seitens der USA mehrfach angefragt, das Engagement in Afghanistan zu verstärken. Abgesehen von der Zusage des Außenministers, die Diskussion darüber zu suchen, ist eine weitere Auseinandersetzung darüber – zumindest in der Öffentlichkeit – ausgeblieben.

Der langjährige Konsens in der österreichischen Sicherheits- und Außenpolitik, die Entsendung von österreichischen Soldaten im Rahmen von internationalen Friedensmissionen einstimmig im Hauptausschuss des Nationalrates zu beschließen, wurde 2009 aufgegeben. Die oppositionelle Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) spricht sich seither konsequent gegen einen Großteil der Auslandseinsätze aus. Die Ablehnung ist grundsätzlich und nicht auf den Afghanistan-Einsatz bezogen. Die anderen Parteien haben sich bislang für die Unterstützung des ISAF-Einsatzes, wenn auch im gegebenen kleinen Rahmen, ausgesprochen.

Abgesehen von einigen parlamentarischen Anfragen eines FPÖ-Abgeordneten zum Afghanistan-Einsatz hat es bisher offensichtlich keine weiteren politischen und parlamentarischen Debatten hierzu gegeben. Der Außenminister hat lediglich regelmäßig die Bedeutung der Teilnahme für Wiederaufbau und Demokratisierung Afghanistans betont.

Eine gesellschaftliche Diskussion des Afghanistan-Einsatzes findet in Österreich – wohl auch wegen der geringen Anzahl entsendeter Soldaten – nicht statt.

4.13. Weitere Staaten

In Dänemark hofft man in Regierungskreisen auf einen Abzug vor 2015, legt sich bisher allerdings nicht auf ein konkretes Datum fest.⁸⁷ Zuletzt sprach jedoch die dänische Außenministerin von einem großen Interesse an einem geringfügigeren militärischen Engagement aus; derzeit sind es 750 Soldaten. Mit Blick auf den Verteidigungshaushalt war zudem eine Anfrage der NATO nach der Entsendung von dänischen Kampffjets vom Typ F 16 nach Afghanistan abgelehnt worden. Auch Premierminister Rasmussen hatte bereits geäußert, er hoffe, bis 2015 alle Truppen abziehen zu können.⁸⁸

In Schweden herrscht unter den Parteien aus Regierung und Opposition – abgesehen von der Linkspartei – bisher weitestgehend Konsens über eine Befürwortung und Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes, an dem Schweden derzeit mit 600 Soldaten beteiligt ist.⁸⁹

Auch Australien hat bisher kein Rückzugsdatum für seine etwa 1.500 Soldaten festgelegt. Zwar hofft man in politischen Kreisen, 2012 die eigene Verantwortung für die Provinz Uruzgan an die afghanischen Truppen übergeben zu können, ist sich aber bewusst, dass dieses Ziel möglicherweise zu ambitioniert ist und vor allem nicht mit einem sofort anschließenden Truppenabzug zu verbinden ist.⁹⁰ Die australische Premierministerin Julia Gillard sagte zuletzt, dass die australischen Truppen derzeit von zwei bis vier weiteren Jahren in Afghanistan ausgingen.⁹¹

5. Zusammenfassung

Der Einsatz der „Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe“ ISAF seit 2001 war bisher von Geschlossenheit der truppenstellenden Nationen gekennzeichnet. An der seit August 2003 von der NATO geführten ISAF sind gegenwärtig alle 28 Mitgliedstaaten der Allianz mit Soldaten beteiligt. Von den aktuell 47 truppenstellenden Nationen haben lediglich zwei einen konkreten Beschluss zur Beendigung des militärischen Beitrags gefasst, nämlich die Niederlande für 2010 und Kanada für 2011. Die Mehrheit jedoch folgt dem Beschluss der Kabuler Konferenz vom Juli 2010, einen Abzugsbeginn ab 2011 ins Auge zu fassen und diesen gegebenenfalls 2015 im Lichte der dann vorherrschenden Lage abzuschließen.

⁸⁷ Vgl. Dänemark hofft auf Abzug aus Afghanistan vor dem Jahr 2015, N24.de, 12. August 2010, URL: http://www.n24.de/news/newsitem_6260560.html [16.08.2010].

⁸⁸ Denmark Turns Down Nato Request for F-16s, in: DefenseNews, 26. August 2010, URL: <http://www.defensenews.com/story.php?c=AIR&s=TOP&i=4757963> [31.08.2010].

⁸⁹ Vgl. Agnes Bührig, Solidarisch am Hindukusch, Deutschlandradio, 06. August 2010, URL: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1242383> [16.08.2010].

⁹⁰ Vgl. Leo Shanahan, Aim to withdraw diggers from Afghanistan by 2012, in: The Age, 12. Januar 2009.

⁹¹ PM says Australia's Afghan mission is vital and troops will remain for years to come, in: The Australian, 25. August 2010, URL: <http://www.theaustralian.com.au/national-affairs/defence/australians-soldiers-in-afghanistan-incident/story-e6fmg8yo-1225909698365> [30.08.2010].

Der Zusammenhalt der truppenstellenden Länder im Allgemeinen und der der NATO-Mitgliedstaaten im Besonderen liegt auch darin begründet, dass es sich hierbei um einen Einsatz auf Bitten der Vereinten Nationen handelt, der gemeinsam zu einem Erfolg – auch der NATO – geführt werden soll. Vor diesem Hintergrund unterstützen die USA und auch der Generalsekretär der NATO aktiv und nachvollziehbar den Verbleib der Partner in ISAF. Die beeindruckende Geschlossenheit kann auch daran gemessen werden, dass die Aufkündigung des Beitrages von zwei NATO-Mitgliedstaaten bei den Niederlanden mit dem Scheitern der Regierung und bei Kanada mit einer Regierungskrise unmittelbar einherging.

Die EZPWD-Stellungnahmen zu den Positionen der ausgewählten zwölf Länder, von denen zehn Mitglied der NATO sind⁹², zeigen des Weiteren auf, dass der Einsatzgeschlossenheit gegenwärtig ein überwiegend ablehnendes öffentliches Stimmungsbild gegenübersteht. Die dem Einsatz zugrundeliegende parlamentarische Zustimmung zum ISAF-Einsatz wird somit öffentlich weitestgehend nicht mitgetragen. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die Gründe hierfür vorrangig innenpolitisch begründet sind, so etwa der Vermeidung weiterer Verluste, aber auch in der Einschätzung liegen, dass der eigene Beitrag in keinem vertretbaren Verhältnis zu greifbaren Fortschritten in Afghanistan steht. Nach Angaben des „Transatlantic Trends“ des German Marshall Funds „verlangen“ 44 Prozent aller Europäer „den sofortigen Abzug all ihrer Truppen.“⁹³

Eine Benennung konkreter Aspekte und Kriterien, die eine Übergabe in Verantwortung an Afghanistan erlauben, kann lediglich den bisherigen Resolutionen des Sicherheitsrates entnommen werden. Diese beinhalten z.B. „die Ausdehnung der Autorität der Zentralregierung auf alle Teile Afghanistans, die umfassende Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung aller bewaffneten Gruppen sowie die Reform des Sicherheitssektors einschließlich des Aufbaus der neuen Afghanischen Nationalarmee und Afghanischen Nationalpolizei“.⁹⁴ Der Sicherheitsrat hat bisher jedoch noch eine sichtbar geöffnete Schere zwischen dem Fremdbeitrag für die Sicherheit im Land und dem eigenen seitens der Afghanen festgestellt.⁹⁵ Erst wenn sich das Delta zwischen Fremd- und Eigenbeitrag zunehmend schließt, kann angenommen werden, dass der Sicherheitsrat seine bisherige Bewertung, „dass die Situation in Afghanistan [...] eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt“, überdenken wird.

Etwas mehr als einen Monat später werden sich die Staats- und Regierungschefs auf dem für Mitte November 2010 vorgesehenen Gipfel der NATO in Lissabon treffen, auch um einen zwischen den Truppenstellern und der afghanischen Regierung abzustimmenden Übergabepplan in Afghanistan zu beschließen. Bedeutsam wird es hierbei neben der Berücksichtigung der aktuellen Position des Sicherheitsrates sein, die Einschätzung Präsident Karzais für sein Land und die der

⁹² Finnland und Österreich sind keine Mitgliedstaaten der NATO.

⁹³ „Transatlantischer Zwiespalt“ in: Süddeutsche Zeitung, 16. September 2009, S. 1

⁹⁴ Resolution 1510 vom 13. Oktober 2003, URL: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_03-04/sr1510.pdf [14.09.2010].

⁹⁵ Der Fremdbeitrag setzt sich im Wesentlichen zusammen aus: „Unterstützungsmission“ der Vereinten Nationen UNAMA („United Nations Assistance Mission in Afghanistan“), der Europäische Union sowie der ISAF und der Operation „Dauerhafte Freiheit“ (OEF - „Operation Enduring Freedom“).

truppenstellenden Nationen in Übereinstimmung zu bringen, auch um weitere absehbare Einsatzjahre im Rahmen der ISAF bis zu einem Abschluss der Übergabe in Verantwortung in der öffentlichen Meinung besser vermitteln zu können.

